

Die Wirtschaft

zwischen Alb und Bodensee

Brexit-Deal

Kein Grund zum Jubeln,
aber ein Abkommen

10

Industrie 4.0

Zusammenarbeit in der
Internationalen Musterfabrik

51

Social Commerce

Corona-Krise verändert das
Einkaufsverhalten im Netz

58

Bürokratie – weniger ist mehr

Regulierungsflut
kostet Zeit und Geld

20





Annette Driesen,
Vorstand Deutschland
der Hotelkooperation
Euregio Bodensee,
würde sich wie viele
Hoteliers lieber mehr
um ihre Gäste
kümmern, als sich mit
den unzähligen und
oft sehr praxisfernen
Regelungen und
Vorschriften für ihre
Branche auseinander-
zusetzen.

Im Fokus

Bürokratie – weniger ist mehr

Staatliche Bürokratie belastet deutsche Unternehmen. In Zeiten der Pandemie – aber auch im normalen Geschäftsalltag. Vor allem mittelständische Betriebe investieren viel Zeit und Geld, um die Vorschriften zu erfüllen: Sie dokumentieren Arbeitszeiten, setzen die Datenschutzgrundverordnung um, kennzeichnen Allergene und bewahren Unterlagen zehn Jahre auf. Die Liste der Regelungen ist lang, die Vorgaben sind kompliziert. Dabei könnte vieles einfacher gehen oder ganz abgeschafft werden, sagen Unternehmensvertreter aus der Region.



In Kürze

Alltag erleichtern, Wirtschaft entlasten

Unnötigen Aufwand für die Wirtschaft reduzieren und dabei vor allem kleine und mittlere Unternehmen (KMU) entlasten: Auf seiner Website stellt das Bundeswirtschaftsministerium Maßnahmen und Projekte vor, mit denen es zum Abbau unnötiger Bürokratie beitragen will.

www.bmwi.de/Redaktion/DE/Dossier/buerokratieabbau.html

Studie: Bürokratiewahrnehmung von Unternehmen

Eine Studie des Instituts für Mittelstandsforschung Bonn untersucht, wie Unternehmen Bürokratie wahrnehmen. In Abhängigkeit von der Intensität des Belastungsempfindens, dem wahrgenommenen Aufwand zur Erfüllung bürokratischer Erfordernisse und den Emotionen, die Bürokratie bei Unternehmen hervorruft, können danach drei Wahrnehmungstypen identifiziert werden – der unbelastete Typ, der pragmatische Typ und der verdrossene Typ. Zum verdrossenen Typ zählt mehr als jedes zweite Unternehmen in Deutschland. Ein erheblicher Anteil der Unternehmen steht dem Nutzen von bürokratischen Regeln und Vorschriften skeptisch gegenüber. Oftmals sind sie kaum in der Lage, alle bürokratischen Erfordernisse vollumfänglich umzusetzen. Ein beträchtlicher Teil baut ganz bewusst Bürokratie autonom ab. Zugleich zeigen die Unternehmen eine hohe Bereitschaft, die Politik im Prozess des Bürokratieabbaus aktiv zu unterstützen.

Download: www.ifm-bonn.org/publikationen/ifm-materialien/detailansicht/artikel/buerokratiewahrnehmung-von-unternehmen



FOTO: PHOTO DESIGN ARMIN BUHL

Oliver Schreiber, Geschäftsführer des Best Western Plus Atrium Hotels in Ulm und des Hotels Aiden by Best Western in Biberach, plädiert für die Abschaffung des Hotelmeldescheins, der viel Aufwand verursache, zur Kriminalitätsbekämpfung aber ungeeignet sei.

Wer öfter ins Hotel geht, kennt das Prozedere: Gleich bei der Ankunft müssen Gäste einen Meldeschein ausfüllen und ihre persönlichen Daten angeben. „In Deutschland ist jeder einzelne Beherbergungsbetrieb verpflichtet, Hotelmeldescheine auszustellen und aufzubewahren“, erklärt Oliver Schreiber, Geschäftsführer des Best Western Plus Atrium Hotels in Ulm und des Aiden by Best Western in Biberach. „Der Meldeschein soll helfen, kriminelle Täter aufzuspüren“, weiß Schreiber. „Ihren Ausweis müssen die Gäste aber nicht vorzeigen. Wie das Kriminalität verhindern soll, ist mir ein Rätsel.“ Und tatsächlich wurden – laut einer Studie des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) – in den vergangenen zehn Jahren zwar rund 1,5 Milliarden Meldescheine im deutschen Gastgewerbe ausgefüllt, aber nur in einem einzigen Fall nutzte die Polizei tatsächlich den Fingerabdruck eines solchen Scheins.

„Der Hotelmeldeschein muss abgeschafft und die Aufbewahrungsfrist verkürzt werden“, fordert Schreiber, der auch Vorstandsmitglied des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbands (DEHOGA) ist. Der Verband vertritt rund 223.000 Betriebe mit 2,4 Millionen Beschäftigten. „Wir sind ein starkes Stück Wirtschaft und das Rückgrat der heimischen Tourismusindustrie“, betont Schreiber. Und deshalb ärgert es ihn sehr, dass die Hotels und Gaststätten im Durchschnitt 14 Stunden pro Woche nur für die Bürokratie aufwenden. Diese Zahl belegt die DIHK-Studie „Wie ist die

Bürokratiebelastung für Unternehmen zu bremsen?“ am Beispiel des Gastgewerbes.

Lückenlose Aufzeichnungen

Auch andere Branchen und Betriebe kämpfen mit bürokratischen Vorgaben. Zum Beispiel Klaus Knese, Inhaber und Geschäftsführer der Omnibusreisen Baumeister-Knese GmbH & Co. KG in Ulm-Unterweiler. Das Familienunternehmen, das 1911 vom Urgroßvater Benedikt Baumeister gegründet wurde, ist eines der ältesten Busunternehmen in Deutschland. Heute hat der Betrieb 38 festangestellte Mitar-

„Fahren wir mit dem Bus durch mehrere Länder, müssen wir in fast jedem Land Umsatzsteuer zahlen.“

KLAUS KNESE, GESCHÄFTSFÜHRER
OMNIBUSREISEN BAUMEISTER-KNESE

beiter und einen modernen Fuhrpark mit Bussen für den Öffentlichen Personennahverkehr und den Ausflugs- und Fernreiseverkehr. „Bei jeder Fahrt müssen wir die vorgeschriebenen Lenk-, Ruhe- und Arbeitszeiten einhalten und lückenlos aufzeichnen“, sagt Knese. Schon allein die Liste der rechtlichen Vorschriften zu den Lenk- und Ruhezeiten ist lang und alles andere als trivial. Es gibt die Tageslenkzeit von maximal neun Stunden und die Wochenlenkzeit von maximal 56 Stunden bei einer wöchentlichen Höchstarbeitszeit von 60 Stunden. „In zwei aufeinanderfolgenden Wochen dürfen unsere Fahrer maximal 90 Stunden fahren“, erklärt Knese, „und sie müssen die regelmäßige wöchentliche Ruhezeit von mindestens 45 Stunden einhalten.“ Sein Betrieb sei sehr korrekt und halte das alles penibelst ein. Aber schon allein der Dokumentationsaufwand sei unglaublich hoch. „Jeden Fahrauftrag bewahren wir zehn Jahre lang auf“, so Knese. „Am meisten ärgert mich aber, dass unsere Busfahrer bei einer Kontrolle genau beweisen müssen, was sie in den letzten 28 Tagen gemacht haben – auch wenn sie Urlaub hatten.“

Stichwort Urlaub: In Nicht-Corona-Zeiten bietet das Unternehmen hochwertige Ausflugs- und Urlaubsbusreisen an. „Bei Reisen ins Ausland unterliegen wir der Mehrwertsteuer-Systemrichtlinie der Europäischen Union“, so Klaus Knese. „Fahren wir mit dem Bus durch mehrere Länder, müssen wir anteilig in fast jedem einzelnen Land für die zurückgelegte Strecke Umsatzsteuer zahlen.“ Dummerweise sei die Richtlinie in den EU-Ländern nicht einheitlich umgesetzt worden. In Deutschland gelte der Regelsteuersatz von 19 Prozent, in Österreich



FOTO: PHOTODESIGN ARMIN BOHL

Klaus Knese, Geschäftsführer der Omnibusreisen Baumeister-Knese GmbH & Co. KG in Ulm-Unterweiler, hat im Reisebusgewerbe mit vielen Regelungen und Vorschriften zu kämpfen, die im Arbeitsalltag oft nur schwer umsetzbar sind.

mit 10 Prozent sowie in Belgien mit 6 Prozent ein ermäßigter Steuersatz, und in Kroatien liege der Steuersatz mit 25 Prozent besonders hoch. „In allen Ländern brauchen wir eine Steuernummer und müssen regelmäßig unsere Steuererklärung einreichen. Auch jetzt im Corona-Jahr“, stöhnt Knese. „Da müssen wir eine Nullmeldung abgeben.“

Komplizierte Vorgaben

Solche Regelungen rufen den DIHK auf den Plan. „Die Unternehmen kommen schon in normalen Zeiten mit den zahlreichen Melde-, Prüf-

und Anzeigepflichten kaum zurecht“, macht Achim Dercks, stellvertretender Hauptgeschäftsführer des DIHK, klar. „In der jetzigen Krise sind sie kaum zu schaffen. Viele Betriebe kämpfen derzeit ums Überleben. In dieser Situation fehlen schlichtweg die Mitarbeiter, die sich um die Erledigung dieser Aufgaben kümmern müssen.“ Ließen Betriebe aber bestimmte Fristen verstreichen, könnten Zulassungen erlöschen oder Fördergelder ausbleiben.

So wie die „Besondere Ausgleichsregelung“ zur Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Seit der Jahrtausendwende soll die



BIEDENKAPP
VISIONEN · WEGE · WERTE



ENERGIEEFFIZIENZ
NACHHALTIGKEIT
INNOVATION



In Kürze

Was kostet die Bürokratie?

Welchen Aufwand verursacht die Bürokratie bei Bürgern, Unternehmen und Verwaltung? Das hat das Statistische Bundesamt untersucht. Auf seiner Website findet man außerdem den Bürokratiekostenindex, der die bürokratische Belastung der Unternehmen greifbar macht und zeigt, wie sie sich im Zeitverlauf entwickelt.

www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Buerokratie/kosten/_inhalt.html

Bürokratie in Deutschland und der EU

Bürokratie bremst das Wachstum und verhindert die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Zwar sind viele Regulierungen unerlässlich, etwa wenn es um Arbeitsschutzvorschriften geht. Doch nicht wenige staatliche Vorschriften sind verzichtbar. Insbesondere die Steuerbürokratie lastet schwer auf den Unternehmen; sie allein verursacht 45 Prozent der gesamten Bürokratiekosten. Und auch die EU erweist sich als besonders kreativ im Erdenken neuer Vorschriften. Auf seiner Website stellt das Institut der deutschen Wirtschaft Köln die unterschiedlichen Aspekte der Bürokratiebelastung für die Wirtschaft dar.

www.iwkoeln.de/themen/unternehmen/buerokratie.html



FOTO: ROLF SCHULTES/DRUMLIN PHOTOS

Siegfried Heger, Geschäftsführer der HTU-Härtetechnik GmbH in Uhldingen-Mühlhofen, bekommt in seinem energieintensiven Unternehmen die bürokratischen Hürden rund um die EEG-Abgabenregelung zu spüren.

Umlage die Kosten decken, die bei der Erzeugung erneuerbarer Energien anfallen. Alle Stromverbraucher – vom Privatkunden über kleine und mittelständische Betriebe bis hin zu großen Unternehmen – zahlen die EEG-Umlage über einen Anteil an ihren Stromkosten. Besonders stromkostenintensive Unternehmen können jedoch die sogenannte Besondere Ausgleichsregelung in Anspruch nehmen und bis Ende Juli jeden Jahres einen Antrag beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) auf Reduzierung der EEG-Umlage stellen. So soll die internationale Wettbewerbsfähigkeit sichergestellt werden. Voraussetzung für den Antrag sind ein zertifiziertes Energiemanagementsystem, ein Stromver-

brauch von mindestens einer Gigawattstunde Strom pro Jahr und ein Anteil der Stromkosten an der Bruttowertschöpfung von mindestens 14 Prozent.

Aufwendig und teuer

Das alles trifft auf die HTU-Härtetechnik GmbH in Uhldingen-Mühlhofen zu. „Wir sind Dienstleister im Bereich Wärmebehandlung von minus 196 bis plus 1.220 Grad Celsius“, erklärt Geschäftsführer Siegfried Heger. „Das ist sehr energieintensiv, und deshalb zahlen wir eine hohe EEG-Abgabe. Nur durch die Ausgleichsregelung sind wir wettbewerbsfähig.“ Sein Unternehmen, das 1983 gegründet wurde und 170 Mitarbeiter hat, produziert überwiegend hochbeanspruchte Bauteile und Sicherheitsbauteile für die Automobilindustrie – vom Ritzel für die Lenkung bis hin zur Einspritztechnologie für Diesel- und Benzinfahrzeuge. Pro Jahr verbraucht die HTU-Härtetechnik GmbH dabei rund 15 Gigawattstunden elektrische Energie und 10 Gigawattstunden Gas. Und obwohl der Betrieb schon seit vielen Jahren ein Energiemanagementsystem betreibt und viel Geld in moderne, umweltfreundliche Technologie investiert hat, steigen Jahr für Jahr die Energiekosten. „Wir stehen hinter der Energiewende, zahlen aber seit Jahren immer mehr“, fasst Siegfried Heger die Situation zusammen. Der Geschäftsmann ist auch stellvertretender Vorsitzender des Energieausschusses der IHK Bodensee-Oberschwaben und belegt seine Aussage mit Zahlen. Beim Start im Jahr 2000 lag die EEG-Umlage bei 0,19 Cent pro Kilowattstunde, zehn

„Wir stehen hinter der Energiewende, zahlen aber seit Jahren immer mehr.“

SIEGFRIED HEGER, GESCHÄFTSFÜHRER
HTU-HÄRTETECHNIK

Jahre später bei 2,05 Cent pro Kilowattstunde – und weitere zehn Jahre später, also 2020, bei 6,756 Cent pro Kilowattstunde. Allein innerhalb der letzten zehn Jahre hat sich die EEG-Umlage mehr als verdreifacht. „Der Antrag beim BAFA auf die Besondere Ausgleichsregelung wird also jedes Jahr wichtiger für uns, leider aber auch immer komplizierter“, so Heger. „Wir beschäftigen hochqualifiziertes Personal, das die elektronischen Anträge ausfüllt, müssen unser Energiemanagement jedes Jahr neu zertifizieren lassen und brauchen ein Testat vom Wirtschaftsprüfer, das alle unsere Angaben bestätigt“, zählt Heger auf. „Und dann gibt es noch diese unsinnige Regelung mit der Abgrenzung sogenannter Drittstrommengen auf dem Betriebsgelände“, meint Heger ärgerlich. Das sei ein Problem für Tausende Unternehmen. „Wir haben im Sommer Getränkeautomaten, die ein externer Dienstleister befüllt und wartet, aber mit unserem Strom kühlt“, sagt Heger. „Dieser Strom muss von unserem Verbrauch abgegrenzt werden. Es geht um läppische 10.000 Kilowattstunden, aber wir müssen dafür einen eigenen Stromzähler installieren. Sonst ist unser Antrag auf Befreiung von der EEG-Umlage aussichtslos.“ Das kritisiert auch der DIHK – neben vielen anderen Punkten – in seiner Stellungnahme zum Referentenentwurf für ein Gesetz zur geplanten Änderung des EEG-Gesetzes im Jahr 2021. „Insgesamt gesehen, ist der vorgelegte Entwurf aus Sicht der Wirtschaft eine Enttäuschung“, heißt es in dem Papier. „Es wird weitere Bürokratie aufgebaut und damit das Mitmachen an der Energiewende weiter erschwert.“

Weniger ist mehr

Doch zurück zum Hotel- und Gaststättengewerbe und zur Studie des DIHK über diesen Bereich. „Das Gastgewerbe ist eine mittelständische, verbrauchernahe Branche, die für le-

bendige Regionen und eine hohe Standortqualität sorgt“, betont der DIHK. „Entlastungen in dieser Schlüsselbranche haben positive Auswirkungen auf andere Unternehmen.“ Am Beispiel des Gastgewerbes schlägt der DIHK deshalb die Einführung eines Praxis-Checks vor und fordert mehr Verständlichkeit und Klarheit bei den Regulierungen. Beides ist ganz im Sinne von Annette Driesen, Vorstand Deutschland der Hotelkooperation Euregio Bodensee e.V. Der regionale Zusammenschluss von 63 familiengeführten Hotels bietet rund um den Bodensee rund 2.000 Zimmer an. „Wir alle brennen für das, was wir tun“, schwärmt Driesen. „Wir sind Gastgeber und wollen uns um die Gäste kümmern.“ Aber die vielen Vorschriften, Regeln und Kontrollen seien eine echte Herausforderung. Der Verein engagiert sich – ebenso wie Oliver Schreiber von der Hotelkette Best Western – für die Abschaffung der Hotelmeldescheine. Und sie sagt: „Vieles, was Gesetze vorschreiben, tun wir sowieso: Wir sorgen für Brandschutz und Sicherheit im Hotel, achten auf Hygiene, führen unsere Bücher und zahlen Steuern.“ Doch schon allein die Bettensteuer führe zu hohem bürokratischem Aufwand, weil sie zwischen geschäftlichen und privaten Reisen unterscheidet. „Das sollte abgeschafft oder zumindest erheblich vereinfacht werden“, fordert Driesen.

Wichtig: mehr Praxisnähe

Bevor Gesetze eingeführt werden, brauche man dringend einen Praxis-Check, ganz egal ob beim Brandschutz, bei der Datenschutzgrundverordnung oder bei Kassenrichtlinien. „Hier gibt es viel zu oft Änderungen. Ständig müssen wir neue Kassensysteme oder Software-Updates kaufen“, ärgert sich Driesen und kommt noch zu einem Punkt, der ihr besonders wichtig ist: der Kennzeichnungspflicht für Allergene. Restaurants, aber auch Bäckereien

„Vieles, was Gesetze vorschreiben, tun wir sowieso.“

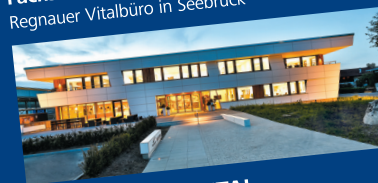
ANNETTE DRIESEN,
VORSTAND DEUTSCHLAND
DER HOTELKOOPERATION EUREGIO
BODENSEE

und Supermärkte müssen 14 Hauptallergene und 15 Zusatzstoffe kennzeichnen. „Das ist das Aus für wechselnde Speisekarten und saisonale Gerichte“, fürchtet Driesen. Denn bei jeder neuen Zutat und jedem neuen Rezept müsse man genau auflisten, was Allergien auslösen könne. „Ganz wenige Gäste fragen das überhaupt nach“, wissen Annette Driesen und Oliver Schreiber aus Erfahrung. Und deshalb fordern sie beide, dass Gerichte und Produkte, die nur saisonal oder nur kurzfristig angeboten werden, von der Allergenkennzeichnung ausgenommen werden. Eine mündliche Auskunft reiche aus. Und auch auf die entsprechende Dokumentation und die langen Aufbewahrungszeiten solle verzichtet werden – genau wie beim Hotelmeldeschein.

Elke Zapf lebt und arbeitet
als freie Journalistin
in Berg bei Ravensburg.



» Fachseminar: 23. April 2021
Regnauer Vitalbüro in Seebuck



„GEWERBEBAU VITAL.
So bauen Unternehmen ihre Zukunft.“

Gewerbepark Vital

- Energieoptimiert bis **Plus-Energie** • Schlüsselfertig und nachhaltig aus Holz
- Schnelles Bauen zum Festpreis • **Budget-Planer** online